



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 17. Dezember 2018**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

29. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.15 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 28. Sitzung des Gemeinderates vom 12.11.2018 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 6.12.2018 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Baracke 1001
Verf-015-W-31-2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Rabl!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfragen an Sie:

1. Wer ist für die Beschädigung der Baracke, die vom Bundesdenkmalamt als schutzwürdig eingestuft wurde, verantwortlich?
2. Wird die Baracke in ihren ursprünglichen Zustand rückgebaut?
 - a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?

Bgm. Dr. Rabl: Die Frage wer ist dafür verantwortlich, kann ich ihnen nicht beantworten, weil der Stadt Wels nicht bekannt ist, wer dafür verantwortlich ist. Nachdem sie sich nicht im Eigentum der Stadt befindet, ist das eine Angelegenheit des Eigentümers. Ich ersuche sie daher diese Anfrage an den Eigentümer zu richten.

Zur Frage 2. muss ich ihnen ebenfalls sagen, diese Baracke befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Wels. Ich weiß daher nicht, ob sie rückgebaut wird oder nicht. Ich ersuche sie auch hier, diese Anfrage an den Eigentümer, der Welser Heimstätte, zu richten.

Ich möchte betonen, dass wir kein direktes Durchgriffsrecht an den Vorstand der Welser Heimstätte haben, weil es eine Genossenschaft ist und ich keine ähnlich wie bei einer GmbH gerichtete Weisung an den Vorstand erteilen darf und kann. Insofern kann ich ihnen diese Fragen nicht beantworten.

GR. MMag. Rumersdorfer: Danke für die Beantwortung. D.h. die Stadt Wels kann nichts dagegen tun, dass die Baracke der Witterung ausgesetzt ist?

Bgm. Dr. Rabl: Dieses Objekt befindet sich nicht im Eigentum der Stadt. Wir haben mehrere derartige Fälle, nämlich dass Eigentümerobjekte vorhanden sind, die dem Denkmalschutz bereits unterliegen. Das ist hier noch nicht der Fall, es gibt noch keinen Bescheid. Wir können den Eigentümern nicht anschaffen, wie sie mit ihrem Eigentum umzugehen haben. Das ist per sé nichts Ungewöhnliches, das Eigentumsrecht ist in Österreich ein verfassungsrechtlich geschütztes Recht – es ist wichtig das auch zu betonen -, insofern können wir ohne gesetzliche Grundlage in dieses Eigentumsrecht nicht eingreifen und werden es auch in diesem Fall nicht tun, weil wir eben keine gesetzliche Grundlage haben und Amtsmissbrauch begehen würden, würden wir es tun. Wenn wir es als Stadt Wels selber machen würden, hätten wir nicht nur das Risiko einer Besitzstörungsklage, sondern auch einer Eigentumsfreiheitsklage, von den strafrechtlichen Konsequenzen in diesem Zusammenhang möchte ich gar nicht reden. Insofern können wir nur an den Eigentümer appellieren, aber nicht mehr.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer betreffend Baracke 1001
Verf-015-W-32-2018

Sehr geehrter Herr Stadtrat Reindl-Schwaighofer!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Welche Initiativen wurden seitens der Stadt gesetzt, um die Erinnerungskultur bezüglich dieser Baracke zu gewährleisten?

StR. Reindl-Schwaighofer: Zuerst möchte ich mich bei Frau GR. MMag. Rumersdorfer für diese Frage bedanken, weil es meiner Ansicht nach ganz gut ist, das Thema Baracke 1001 im Gemeinderat zu besprechen.

Vor mir liegt ein Schriftstück des Bundesdenkmalamtes, das einer „unter Denkmalschutz Stellung“ vorangeht. Dieses Gutachten beschreibt die geschichtliche und kulturelle Bedeutung der Baracke. Ich zitiere daraus um deutlich zu machen, worum es notwendig ist, diese Baracke unter Schutz zu stellen und einer zeitgemäßen Nutzung zuzuführen:

Als letzter bestehender Rest der ehemaligen Notkaserne ist die Baracke Zeugnis der Aufrüstung für den bevorstehenden Krieg nach der Eingliederung in das Deutsche Reich. Nach dem Krieg war das Lager 1001 eines von vielen Flüchtlingslagern in Oberösterreich und das größte Flüchtlingslager in Wels. Elisabeth Kreuzwieser fasste die Situation in Oberösterreich zusammen, die zur Bildung dieser Lager führte: „Die nationalsozialistische Herrschaft, der Krieg und das Kriegsende hatten die größte Wanderungs- und Fluchtwelle ausgelöst, die Oberösterreich je erlebt hatte. Im gesamten Landesgebiet mussten einschließlich des deutschen und ungarischen Militärs, der Flüchtlinge, der ausländischen Zwangsarbeiter, der Kriegsgefangenen, Häftlinge in den Konzentrationslagern, Dienstverpflichteten und Ausgebombten aus dem Reich und der einheimischen Zivilbevölkerung fast zwei Millionen Menschen, also mehr als das doppelte der Einwohnerzahl von 1937, versorgt werden. Oberösterreich war somit zum Ende des

Zweiten Weltkrieges gewissermaßen zum Mittelpunkt der Wanderungs- und Fluchtbewegungen geworden.“ Das ist die geschichtliche Bedeutung. Sie beschreibt warum diese einzig in Österreich im Urzustand vorhandene Baracke erhaltenswert ist.

Die kulturelle Bedeutung beschreibt das Bundesdenkmalamt wie folgt: Bei dem gegenständlichen Objekt handelt es sich, wie dargelegt, um eines der seltenen erhaltenen Zeugnisse seiner Art, das die Bandbreite von Lagerwelten deutlich vor Augen hält. In seinem dicht aufeinanderfolgenden Wechsel an Nutzungen mahnt es zugleich gegen Krieg und seinen direkten Folgen. Die wechselnde und multinationale Belegung des Lagers durch jüdische, osteuropäische und deutschstämmige Flüchtlinge führt die Universalität der Kriegsfolgen deutlich vor Augen. Das Objekt ist somit nicht zuletzt Zeugnis einer Geschichte der Flucht und Vertreibung. In seiner Existenz sollte es daher im Sinne des Mahnwertes künftigen Generationen als Ort der Erinnerung, des Forschens und des Gedenkens erhalten bleiben.

Für uns als Stadt Wels ist diese historische Lagerbaracke von Bedeutung, weil wir dafür verantwortlich sind, dass nachfolgenden Generationen durch solche Mahnmale deutlich wird, dass im Krieg immer der Krieg gewinnt, dass im Krieg immer das menschliche Leid am Ende steht. Gerade wenn wir uns die heutige Entwicklung in Europa anschauen, ist diese Baracke ein wichtiges Mahnmal.

Wenn es um ein Konzept der Nachnutzung geht, gibt es umfangreiche Diskussionen. Die SPÖ- und die GRÜNE-Fraktion stellten bereits einen Antrag im Gemeinderat. Es geht darum einerseits diese Baracke aus dem ehemaligen Lager 1001 zu erhalten, so zu konservieren, dass sie langfristig Bestand hat. Sie könnte so renoviert werden, dass sie für den Stadtteil Lichtenegg eine Nachnutzung hat, wie ein stadtteilbezogenes Vereinszentrum, eine Gedenkstätte aber kein Museum. Es wäre wichtig dort eine lebendige Begegnungsstätte einzurichten. Hier kommen wir als Stadt Wels zum Zug.

Nach der letzten Gemeinderatsitzung, in der die Anträge dem zuständigen Ausschuss zugewiesen wurden, in der nicht klar war in welchen Ausschuss diese Anträge kommen, korrespondierte ich mit dem Herrn Bürgermeister und schlug ihm vor, diese Anträge im Kulturausschuss oder in einem kombinierten Ausschuss zu behandeln. Bgm. Dr. Rabl teilte mit, dass diese Anträge dem Finanz- und Präsidialausschuss zuzuweisen sind. In diesem wurden sie bereits abgehandelt. Das Wort „abhandeln“ ist nicht zufällig gewählt. Sie wurden im Sinne „wir können als Stadt nichts machen, weil es einen anderen Eigentümer gibt“ abgehandelt.

Ich bin der Meinung, dass wir als Stadt eine Verantwortung haben, dass wir als Stadt schauen sollten wie wir rechtlich die Erhaltung der Lagerbaracke abklären. Z.B. könnte ich mir eine gemeinsame Erarbeitung einer Nachnutzung von Welser Heimstätte und Stadt Wels vorstellen und auch die Stadt übernimmt Verantwortung, indem Mittel verfügbar gemacht werden.

Die Aussage „die Welser Heimstätte ist Eigentümer“ ist eine juristische Spitzfindigkeit, denn meiner Ansicht nach ist die Stadt Wels Haupteigentümer der Heimstätte und bei der Generalversammlung halten wir die Mehrheit. Über diese Mehrheit wäre es möglich darauf Einfluss zu nehmen. Wichtig ist gemeinsam eine Lösung zu finden. Nochmals schlage ich eine Nachnutzung vor, die in der Zeit angekommen ist, gemeinsam im

Kulturausschuss zu diskutieren und einen Vorschlag zu erarbeiten, mit dem wir versuchen diesen mit der Heimstätte umzusetzen.

Bgm. Dr. Rabl: Eine Berichtigung zum Vortrag und zur Beantwortung von StR. Reindl-Schwaighofer: Wir halten in der Versammlung der Heimstättengenossenschaft nicht die Mehrheit. Unser Stimmrecht ist statutenmäßig auf 10 % der Anteile begrenzt. Es ist daher immer möglich, dass andere Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden. Trotzdem wir über 90 % der Genossenschaftsanteile der Heimstätte halten, haben wir nicht automatisch die Mehrheit in der Generalversammlung. Das sei zur Berichtigung kurz angemerkt. Wäre es anders, würden sich daraus zahlreiche Konsequenzen – auch vergaberechtlich – ergeben.

Aktuelle Stunde

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „(Kleinst)Kinderbetreuung“ bekanntgegeben.

GR. Scheinecker, BA: Die sozialdemokratische Fraktion hat sich das Thema Kinderbetreuung etwas auf die Fahne geheftet, um ihr den nötigen Platz zu geben. Das Thema Kinderbetreuung per sé ist nicht nur deshalb wichtig, weil es einmal darum geht Familie und Beruf „unter einen Hut“ zu bringen, es ist nicht nur deshalb wichtig, weil Kinder eigene soziale Kontakte aufbauen oder spielerisch Dinge lernen, die sie für ihren Alltag brauchen, z.B. ganz banale Dinge wie die Schuhbänder zu binden. Der Kindergarten und die Krabbelstube sind für Kinder Bildungseinrichtungen, in denen sie weit mehr lernen als wir uns vorstellen können. In vielen Fällen lernen sie auch Deutsch und werden damit dafür qualifiziert in der Schule zu bestehen. Das ist die Seite der Kinder.

Auf der anderen Seite gibt es noch die Familien, die Väter, die Mütter, die erst durch die passende Kinderbetreuung wieder einer Beschäftigung nachgehen können. Die sich damit ihren Lebensunterhalt und die Zukunft ihrer Kinder finanzieren können. Sie zahlen Steuern, sie zahlen in das Kindersystem und in unser Pensionssystem ein. Vor allem Frauen können so einen wesentlichen Schritt gegen eventuelle Altersarmut unternehmen, wenn sie für sich selbst sorgen und wichtige Pensionsbeitragsjahre sammeln. Durch gute Kinderbetreuung wird allen ein wesentlicher Wunsch erfüllt – auf den eigenen Beinen stehen zu können. Nicht nur die Familien, die Kinder, die Eltern profitieren, es gewinnen auch die Firmen ihre Mitarbeiter zurück, wenn diese ordentliche Kinderbetreuungs Voraussetzungen haben. Und es ist ein wesentlicher Standortfaktor für jede Kommune. Wir profitieren nicht nur durch den Einstieg der Familien in das Berufsleben. Wir profitieren auch, weil jedes Kind, jede Familie genügend Chancen hat jeden Euro, den wir in unsere Kleinsten stecken, doppelt und dreifach zurückzukommen. Kinder, die die beste Betreuung erfahren und die beste Bildung erhalten, wachsen zu mündigen Erwachsenen heran, die später ebenfalls auf ihren eigenen Beinen stehen und das Sozialsystem nicht unbedingt immer brauchen.

Aber es macht eben nicht den Anschein als hätten wir das tatsächlich verinnerlicht. In den letzten Jahren haben wir zwei neue Standorte als Kommune anbieten können. Wenn wir ehrlich mit uns selbst sind, dann sollte man auch ganz klar dazu sagen, dass diese zwei Standorte eine lange Vorlaufzeit hatten, bis sie tatsächlich gebaut und eröffnet

wurden. Die jüngsten Zahlen belegen 136 Kinder auf der Warteliste für Krabbelstuben. In ganz Wels gibt es eine Krabbelstubengruppe, die Kinder bereits ab einem Jahr aufnimmt. Bei den derzeitigen Wartelisten wird sich daran nicht so schnell etwas ändern, denn immerhin brauchen unsere Kleinsten wesentlich mehr Betreuung – einen anderen Betreuungsschlüssel – als die Kinder ab 18 Monaten. Es gibt im Übrigen auch kein Kinderbetreuungsmodell, das die gesamten drei Jahre bis zum Kindergarteneintritt real finanzieren würde. D.h. unsere Familien sind gezwungen die Zeit bis zum Kindergartenantritt, wenn sie keinen Krabbelstubenplatz haben, selbst irgendwie zu überbrücken. Unser Angebot reicht in diesem Bereich definitiv nicht.

Wie wir am Beispiel Kindergarten Pernau Neu sehen, verschleppen wir das Problem so lange, dass wir dann anscheinend schon verzweifelt genug sind, um mitten im Industriegebiet, mitten in eine verkehrsbelastete Zone einen Kindergarten bauen zu wollen. Damit können wir aber nur beschränkt das Angebot tatsächlich erweitern. Die Gruppen, die jetzt nur Nachmittag stattfinden können, die Gruppen, die sich Räume mit dem Hort teilen müssen, haben jetzt zwar endlich einen Standort, aber das Angebot selbst erweitern wir nur sehr beschränkt. Wir planen eine Krabbelstube zu bauen, womit wir zwar das Angebot in der Pernau verdoppeln, aber in der gesamten Pernau gibt es nur 20 Plätze.

Wenn das die großen Sprünge sind, haben wir ein Problem mit unserer Selbstwahrnehmung. Real können wir für 136 Kinder keinen Krabbelstubenplatz anbieten.

Ein Konzept wäre ein massiver Ausbau von Kindergartenplätzen auf der einen Seite – damit wir tatsächlich einmal über die Größen der Gruppen nachdenken könnten, um den bestmöglichen elementarpädagogischen Standard sichern und gewährleisten zu können – und ein massiver Ausbau von Krabbelstubenplätzen, damit Eltern tatsächlich eine geeignete Möglichkeit haben in den Beruf zurückzukehren. Sie sollten das mit einem guten Gefühl tun, weil sie wissen ihre Kinder sind bestmöglich aufgehoben. Wir brauchen einen Ausbau von Plätzen für Kinder unter 18 Monaten. Viele können sich nicht aussuchen einer Arbeit nachzugehen oder nicht. Viele haben keine Unterstützung seitens der Stadt, weil es im gesamten Stadtgebiet nur eine Gruppe dafür gibt.

Das brauchen wir. Wenn wir davon reden, dass Kinder unsere Zukunft sind, dann müssen wir dieses Thema Kinderbetreuung zum „Priority-Thema Nr. 1“ machen und es mit der notwendigen Hartnäckigkeit verfolgen. Es muss uns bewusst sein - Kinderbetreuung bedeutet immer Investitionskosten. Es sind keine Ausgaben, die sich nicht rechnen. Ab dem Moment, wo die Eltern wieder arbeiten gehen, kommt Geld retour. In die Kassen des Sozialsystems, des Pensionssystems auch im weitesten Sinne in die städtischen Kassen. In dem Moment, ab dem wir die Kinder bestmöglich fördern, bemächtigen wir sie später auf den eigenen Beinen zu stehen und etwas für die positive Entwicklung in der Gesellschaft beizutragen. Ich bitte um ihre Beiträge.

StR. Josseck-Herdt: Sie haben vollkommen Recht - Kinderbetreuung ist wichtig. Sie können sicher sein, dass ich und unsere Mitarbeiter das sehr wohl wissen. In den letzten zwei Jahren schafften wir 40 neue Krabbelstubenplätze. Man weiß, eine Zeit lang führten nur private Betreiber Krabbelstuben. Für mich unverständlich – aber das liegt in der Vergangenheit, in der ich nicht Referentin war.

Erst beim Neubau in der Laahen, in der Robert-Koch-Straße und in der Noitzmühle in den Jahren 2009/2010, als der Gratiskindergarten eingeführt wurde, hat man in einem Betrieb zwei Krabbelstuben und in den sonstigen Betrieben eine Krabbelstube eingerichtet. Das verwundert mich, denn das ist der Grund warum wir „nachhinken“. Wir schafften 40 Plätze, vom Land OÖ wird keine Überbelegung erlaubt. Wenn ein Kind dringend einen Krabbelstubenplatz braucht, da beide Eltern berufstätig sind, können wir nach wie vor in den städtischen Betrieben einen Krabbelstubenplatz anbieten.

Anders sieht es bei den privaten Betreibern aus. Der Zulauf zu diesen ist sehr groß, weil die Eltern wissen, es sind dort keine Kinder mit Migrationshintergrund - oder aus irgendwelchen anderen Gründen.

Die Zahl 136 ist schon lange wieder revidiert. Ich sah mir die Liste an, es sind sehr viele Kinder enthalten, die erst 2018 geboren sind.

In der Zukunft ist Folgendes geplant: In der Pernau werden drei Krabbelstuben in den nächsten zwei bis drei Jahren gebaut werden und in Wels-West ist ein großer Kindergarten geplant, den ein Privater bauen wird. In diesen werden fünf Krabbelstubengruppen eingerichtet, das bedeutet 50 neue Plätze – das innerhalb der nächsten zwei Jahre.

Damit haben wir wirklich alle Wünsche der Eltern erfüllt. Eine kleine Korrektur: Nicht die Gruppe der Einjährigen ist voll ausgelastet, sondern ein einziges einjähriges Kind ist in der Fabrikstraße untergebracht, weil Mütter es nicht als oberste Priorität sehen ihr Kind schon mit einem Jahr in die Betreuung zu geben. Es gibt zwar Fälle, wo es unbedingt notwendig ist. Dafür haben wir aber auch die Tagesmütter. Diese leisten sehr gute Arbeit und betreuen die Kinder im Familienverband.

Wenn sie denken wir sind der Meinung, dass die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen oder die Kinderbetreuung per sé ein Geschäft sein muss und wir in diesen Bereich nichts investieren, dann muss ich sagen, jedes Jahr zahlen wir 10 bis 11 Mio. Euro nur für den Betrieb dieser Einrichtungen, indem wir die Abgangsdeckung übernehmen, unsere eigenen Betriebe betreiben und am Laufen halten. Die geplanten Investitionen überschreiten bei weitem die 4 Mio. Euro-Grenze.

GR. MMag. Rumersdorfer: Auch ich habe die Zahl von 136 Kindern. Wieviel es nun tatsächlich sind, weiß ich nicht.

StR. Josseck-Herdt: 136 Kinder sind angemeldet.

GR. MMag. Rumersdorfer: O.k. Wenn nun die 50 Plätze im Bereich Wels-West errichtet werden - wer baut den Kindergarten? Darf man das sagen?

Bgm. Dr. Rabl: Nein, das unterliegt dem Datenschutz. Es ist ein laufendes Verfahren, daran gibt es kein öffentliches Interesse.

GR. MMag. Rumersdorfer: D.h. die Mütter und Eltern dieser Kinder können nicht arbeiten gehen, weil sie keinen Krabbelstubenplatz haben für ihre Kinder ab 1,5 Jahren, geschweige denn ab einem Jahr – wie Kollegin Scheinecker das bereits erwähnte. Nicht alle haben Großeltern in Reichweite und möglicherweise kein gutes soziales Netzwerk,

welches auf die Kinder aufpassen könnte während die Mütter und Väter arbeiten gehen. Es geht nicht darum, dass Mütter ihre Kinder abschieben wollen – das wird den GRÜNEN immer wieder nachgesagt. Nein! Es geht darum für alle Lebensrealitäten die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alle sich aussuchen können was für ihr Leben passt.

Die so oft erwähnten Alleinerzieherinnen müssen bald arbeiten gehen, da das Geld nicht ausreicht, wenn sie beispielsweise das Jahreskarenz-Modell wählen. Ich kenne einige Frauen, die nicht sicher wissen, ob sie für ihr Kind mit zwei Jahren, geschweige denn mit eineinhalb Jahren einen Krabbelstubenplatz während des Jahres bekommen. Die Volkshilfe kann fehlendes Einkommen, Abhängigkeit, möglicherweise erschwerte Rückkehr in den Job abfedern. Die Stadt ist in der Pflicht für ausreichende Plätze zu sorgen. Die Stadt wächst und wir dürfen uns nicht davor fürchten die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, wie auch immer die Lebensrealitäten der Welser aussehen mögen.

Dass ein privater Betreiber nun einen Kindergarten mit Krabbelstube in Wels-West baut ist schön, aber öffentliche Krabbelstuben- und Kindergartenplätze ...

Bgm. Dr. Rabl: Es wird ein öffentlicher Kindergarten, er wird nur von Privaten errichtet – das zur Aufklärung.

GR. MMag. Rumersdorfer: Umso schöner, wenn es öffentliche Krabbelstuben- und Kindergartenplätze gibt, denn nicht alle Eltern wollen ihre Kinder in Einrichtungen geben, die privat finanziert und einer politischen Partei zugehörig sind.

GR. Wiesinger: Wir haben keinen Kindergarten und keine Krabbelstuben.

Bgm. Dr. Rabl: Auch wir haben keinen Kindergarten und auch keine Krabbelstube.

GR. Wildfellner: Auch wir haben keine Krabbelstube.

GR. MMag. Rumersdorfer: Auch wir haben keine Krabbelstuben und keine Kindergärten.

Bgm. Dr. Rabl: Ich halte zur Richtigstellung fest: Keine Partei verfügt über einen Kindergarten und eine Krabbelstube.

GR. MMag. Rumersdorfer: Die Kinder sind unsere Zukunft und sie haben es verdient eine ordentliche Betreuung in ordentlichen Räumlichkeiten zu genießen. Auf einer Verkehrsinsel im Industriegebiet, wo es den ganzen Tag den Schwerverkehr gibt, ist ein Kindergarten nicht geeignet. Die verursachten Abgasemissionen müssen die Mitarbeiter und Kinder tagtäglich einatmen. Wir brauchen einen langfristigen Plan, nicht nur einen bis zur nächsten Legislaturperiode, der nicht nur die Anzahl der Plätze erhöht, sondern auch die Infrastruktur im gesamten Stadtgebiet berücksichtigt.

GR. Hacker: In der Kinderbetreuung sind wir auf einem sehr guten Weg. In der Vergangenheit nahmen wir sehr viel Geld in die Hand. Wie wir alle wissen, müssen wir auch in Zukunft sehr viel Geld in die Hand nehmen. Die Kinderbetreuung ist uns sehr wichtig.

Lt. meinen Informationen brauchen wir 70 Plätze. Mir wurde heute mitgeteilt, dass die privaten Betreuungseinrichtungen dazuzurechnen sind, ebenso wie die Kinder, die in den letzten Monaten zur Welt kamen. Deshalb sind wir jetzt auf 136 benötigte Plätze.

Von der Referentin hörten wir, es wird sich das in Zukunft ändern. Es ist uns als ÖVP-Fraktion sehr wichtig, dass alle Kinder den benötigten Kindergartenplatz bekommen. Wir sind auf einem guten Weg mit der Planung in der Pernau, mit dem Abriss und Neubau in der Herderstraße.

Sollten wir einmal in die Lage kommen zu wenige Plätze anbieten zu können, so sollten wir das im zuständigen Ausschuss zukünftig diskutieren. Das wäre mir ein besonderes Anliegen. Im Jahr 2020 ist das Entwicklungskonzept der Kinderbetreuung umzulegen, deshalb sollten wir auf die Betreuungsplätze achten.

GR. Scheinecker: Die Zahlen ändern sich quasi im Wochentakt. Diese Zahl 136 stammt aus einem Amtsbericht, der vor drei Wochen erstellt wurde. Ich nehme die Zahlen nicht von irgendwo her, sondern ich verwende die Zahlen, die ich tatsächlich erhalte. Außerdem finde ich es spannend von einem Kindergartenprojekt „zwischen Tür und Angel“ zu erfahren.

Die Zahlen in einem Ausschuss zu diskutieren finde ich für nötig, denn ich versuche irgendwie alle Informationen zusammen zu tragen. Unterm Strich bleibt jedoch für mich stehen, dass manche Punkte eben nicht abgeklärt sind. Wie auch immer diese 136 Kinder „zusammengekürzt“ werden mit welchen Theorien, es bleibt ein Bedarf bestehen.

Zu der Aussage „nicht alle Mütter wollen ihre Kinder mit einem Jahr abgeben“ darf ich sagen, ich habe das so nie gesehen, dass ich meine Kinder „abgebe“. Meine Kinder profitieren von ihren Krabbelstuben- und Kindergartenpädagoginnen mit ihrem Rahmenprogramm.

Hätten wir ein breiteres Angebot für die Kinder unter 18 Monaten, könnten wir mehr auf die Bedürfnisse eingehen. Jetzt gibt es eine Warteliste und du musst Glück haben im September, zu Beginn eines Kindergartenjahres, einen Platz zu bekommen. Unterm Jahr geht das gar nicht. Danke für die Diskussion. Wir alle sind felsenfest davon überzeugt, das Thema Kinderbetreuung ist sehr wichtig. Wir brauchen jedoch wesentlich mehr Mut und ein wesentlich forscheres Vorgehen, damit wir ein Angebot gerade im Kleinstkinderbereich schaffen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Zur Thematik Kindergarten möchte ich einige Dinge richtig stellen. Die Arbeiterkammer präsentierte vor kurzem eine Studie (war in den Zeitungen zu lesen), die der Kinderbetreuung in Wels TOP-Werte ausstellte, sowohl was die Öffnungszeiten als auch das Angebot insgesamt betrifft. Bei den Öffnungszeiten liegen wir besser als Linz, beim Angebot selbst besser als so manche Umlandgemeinde in Wels-Land.

In der Vergangenheit änderte sich die Situation wesentlich. Glaubte Anfang 2000 Vzbgm. Dr. Ganzert, dass es ausreichend ist für alle Kindergärten nur eine Krabbelstube einzurichten, so versuchte StR. Zaunmüller bereits jeden Kindergarten mit einer Krabbelstube auszustatten. Leider bekam er dafür unter einer SPÖ-Regierung nicht die

notwendigen Mittel. Man musste ja sparen und gab das Geld anderweitig aus. Sein Bemühen war daher nur teilweise von Erfolg gekrönt.

Das ändert sich jetzt, weil die FPÖ/ÖVP-Koalition eine ganz klare Positionierung hat, nämlich die Kinderbetreuung als eine der wichtigsten thematischen Schwerpunkte dieser sechs Jahre festzulegen. Das ist uns auch gut gelungen. Wir eröffneten nicht nur in der Noitzmühle Krabbelstubenplätze sondern auch in der Gartenstadt. In der Noitzmühle wurden im städtischen Bereich (VHS) und im Betreuten Wohnen zusätzliche Kindergartenplätze eingerichtet und wir stellten endlich ein Konzept auf die Füße, wie wir die längst notwendige Sanierung der Kindergärten in der Pernau angehen. Bricht man einen Kindergarten ab, so müssen die Kinder ja trotzdem weiter betreut werden. Wir können sie nicht nach Hause schicken, da ansonsten die Eltern nicht ihrer geregelten Arbeit nachgehen können.

D.h. wir überlegten wie wir vorgehen können und kamen auf die Idee, auf dem zu unserer Verfügung stehenden Grundstück, dem Kaiserschützenpark mit knapp 4.000 m² - keine typische Verkehrsinsel, wenn ich das korrigieren darf - einen Kindergarten zu errichten. Prinzipiell gibt es in diesem Bereich kein Feinstaubproblem, weil wir in der ganzen Stadt kein Feinstaubproblem haben und in den letzten Jahren nie die Feinstaubgrenzwerte überschritten wurden.

Zur Verkehrsproblematik auf diesem Standort ein Vergleich: Beim Kindergarten Laahen in der Oberfeldstraße ist die dortige Verkehrsfrequenz um ein Vielfaches höher als diese im Industriegebiet sein wird. Dieser Kindergarten wurde im Übrigen von der Welser Heimstätte errichtet. Diesbezüglich werden Messungen durchgeführt und Gutachten wurden bereits in Auftrag gegeben.

Tatsache ist, wir sind der Meinung, wenn wir diesen neuen Kindergarten haben, können wir auch die zwei Kindergärten in der Pernau übersiedeln und sanieren. Einer nach dem anderen. Wir werden uns der Verantwortung, die wir im Kindergartenbereich haben, nämlich ein TOP-Angebot anzubieten, nicht entziehen und die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Dankenswerterweise wurde im Rahmen einer Gemeinderatsitzung voriges Jahr beschlossen über vier Mio. Euro für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen. Ich bin daher zuversichtlich, dass sich diese Situation entschärfen wird, weil ich glaube, wir haben hier tatsächlich noch Nachholbedarf. Dieser wird zum Teil erfüllt und ich bin froh, dass private Investoren entsprechende Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen werden, weil sich damit eine Lösung dieses Problems zusätzlich beschleunigt. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg.

StR. Reindl-Schwaighofer: Die Kinderbetreuung und Krabbelstuben beschäftigen uns schon längere Zeit. Vielleicht kann sich der eine oder andere noch erinnern, wir führten im Gemeinderat eine relativ rege Debatte zu diesem Thema. Diese Debatte drehte sich darum, wie die entwickelten neuen pädagogischen Konzepte in den Welser Kindergärten implementiert werden können und welche Auswirkungen diese Konzepte auf die schulpflichtigen Kinder haben werden. Es wurde vollmundig eine Evaluierung durch die Universität Salzburg angekündigt, zwei Jahre sind nun vergangen. Wer kennt diese Evaluierung? Gibt es einen Auftrag über eine Evaluierung zu diesem Thema? Kennt irgendwer wen, der zum Thema Evaluierung gerade arbeitet?

Dieses Beispiel zeigt, wie wir mit Aussagen umgehen, die im Gemeinderat gemacht werden. Welchen Wahrheitsgehalt diese Aussagen haben. Welche Nachhaltigkeit enthalten ist. Eigentlich sind wir als Gemeinderat zum Narren gehalten worden, weil wir noch immer keine Ergebnisse dieser Evaluierung vorliegen haben. Die Mitglieder des Ausschusses und ich persönlich kennen kein Ergebnis. Dieses gibt es nicht.

Es wurde angemerkt, dass Vzbgm. Dr. Ganzert zum Thema Kinderbetreuung säumig gewesen ist. Um der historischen Wahrheit Genüge zu tun, müssen wir wissen und daran denken, dass in der Amtszeit des damaligen StR. Ganzert der Gratiskindergarten eingeführt wurde. Es gab kein einziges Kind, das keinen Platz in einem Kindergarten bekam – wir wissen das alle. Innerhalb kürzester Zeit

GR. Wiesinger: Das ist falsch! Im Jahr 2009 wurde der Gratiskindergarten eingeführt.

Bgm. Dr. Rabl: Eine Berichtigung: 2009 wurde der Gratiskindergarten eingeführt. StR. Ganzert war von 2003 bis 2009 zuständiger Referent. Erst danach wurde der Gratiskindergarten eingeführt.

StR. Reindl-Schwaighofer: Der Gratiskindergarten wurde eingeführt während der Amtszeit von Dr. Friedrich Ganzert. Im Gemeinderat wurden die gesamten Dinge auf den Weg gebracht, die dazu führten, dass alle Kinder einen Platz bekamen. Das kann in den Protokollen nachgelesen werden.

Ein weiterer Hinweis: Ich sprach zuerst die Evaluierung der Pädagogikkonzepte in den Kindergärten an. Es gab eine rege Diskussion zu diesem Thema. In Wels wurden in den Volksschulen Deutsch-Klassen eingeführt. Diese sind fast zu 100 % ausgelastet mit Kindern aus den Kindergärten, wo wir anscheinend eine hervorragende Sprachkompetenz-Unterstützung leisten. Diese Kinder sind jetzt in den Deutsch-Klassen. Vor zwei oder drei Jahren wurde uns versprochen jetzt ein gutes, besseres System der Deutschförderung in den Kindergärten zu haben. Nur um darauf hinzuweisen, dass diese Dinge nur wenn sie korrespondieren funktionieren können, sonst hätten wir nicht 19 Deutschklassen in den Volksschulen einrichten müssen.

Es wäre für mich als Gemeindevertreter interessant, ob in Wels die Frage der Kinderbetreuung ein neues Geschäftsmodell für Privatinvestoren ist? Es wäre ganz interessant zu wissen was geplant ist oder gibt es eine Vereinbarung mit einem Bauträger, dass dieser einen Kindergarten finanziert oder baut, ohne dass der Gemeinderat darüber informiert wurde? Ich weiß es nicht. Man versteckt sich immer hinter dem Thema Datenschutz, das ist übrigens die neue Ausrede. Wenn man etwas nicht sagen will, verweist man auf den Datenschutz. Das ist absurd, aber es passiert mittlerweile bereits täglich.

Der Kindergarten in der Pernau ist notwendig, dieser wurde seitens der SPÖ-Fraktion auch mitbeschlossen. Es ist keine Frage, wir brauchen in diesem Stadtteil einen neuen Kindergarten. Wenn aber der Kindergarten nur diskutiert wird unter dem Motto „wo habe ich ein billiges, verwertbares Grundstück, welches in meinem Eigentum steht“ und nicht „wo ist der beste Standort für unsere Kinder“, dann kommen solche Standorte heraus, wie von GR. Scheinecker beschrieben.

StR. Lehner: Als Wirtschafts- und Stadtentwicklungsstadtrat bin ich bei diesem Thema mehrfach betroffen. Einerseits geht es darum langfristig den Fachkräftemangel zu beseitigen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir unsere Kinder in Wels bestmöglich ausbilden und diese auf ein Berufsleben vorbereiten. Die Bildung beginnt bereits bei den Kleinstkindern. Daher – das höre ich aus allen Wortmeldungen heraus – muss es unser Bestreben sein Geld zu investieren, die bestmögliche Betreuung zu suchen und in pädagogische Konzepte genauso zu investieren, wie in Bauwerke.

Wer diese pädagogischen Konzepte umsetzt, ob das ein Verein oder die öffentliche Hand ist, ob das Betriebe sind, die Betriebskindergärten führen, oder im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht nur für den eigenen Betrieb einen Betriebskindergarten anbieten, sondern eventuell für mehrere Betriebe, ist für mich nicht relevant. Wichtig ist die Qualität der Kinderbetreuung, des pädagogischen Angebotes und nicht die Eigentümerstruktur. Unsere Kindergartenverwaltung führt immer wieder Überprüfungen durch um zu gewährleisten, dass unsere Kinder bestmöglich betreut sind und bestmöglich unterstützt werden. D.h. diese Diskussion – Betrieb ist schlecht, Stadt ist gut, Verein ist ganz schlecht – möchte ich im Gemeinderat nicht führen, weil ich unterstelle allen, dass sie sich bestmöglich bemühen.

Zur Frage des Standortes eines Kindergartens: Ich verwehre mich dagegen, dass ein Park zu einem Standort stigmatisiert wird, der angeblich unglaublich schlecht ist. Es gilt diesen Standort zu objektivieren, die entsprechenden Gutachten in den Bereichen Lärm, Schadstoffe und Verkehrssituation einzuholen. Wir müssen uns intensiv bewusst machen: Im Kindergarten und in einer Kleinstkinderbetreuung sind Kinder maximal 30 bis 40 Stunden in der Woche. Direkt anschließend an diesen Kindergarten und im Umfeld haben wir die Widmung Wohngebiet. Dort wohnen Kinder eine ganze Woche, Tag und Nacht. Die Maßstäbe, die wir an das Kollektiv der betreuten Kinder in den Kindergärten setzen, müssen wir genauso setzen für die Kinder, die dort leben. D.h. hier zu sagen, es ist ein dramatisch schlechter Standort heißt, wir unterstellen den Eltern ihre Kinder Gefahren auszusetzen. Das halte ich für falsch. Wir müssen das objektivieren, uns anschauen wie die Situation wirklich ist. Die Referentin und ich sind der Meinung, dass die Voraussetzungen dafür gut sind. Es ist noch nicht alles entschieden, es ist noch nicht alles klar, darum gibt es heute keinen Grundsatzbeschluss. Der Prozess wurde eingeleitet zu objektivieren und mit Gutachten zu definieren, ob der Standort für Kindergärten geeignet ist. Gleichzeitig müssen wir uns anschauen was das für die Kinder und für die Menschen, die in unmittelbarer Nähe zu diesem Standort wohnen, heißt. Darum bitte ich um entsprechende Sachlichkeit.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Ganzert: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 10. Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Aufnahme aller Sozialbetreuungs-, Gesundheits- und Krankenpflegeberufe in die Listen der förderbaren Ausbildungen im Fachkräftestipendium u.a., Resolution an die Bundesregierung (Verf-015-I-38-2018) abzusetzen. Diese Resolution hat sich bereits erledigt. Wir müssen diesen Antrag nicht mehr thematisieren, weil es schon beschlossen wurde.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Absetzung des Punktes 10. von der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Softwarelösung Kinderbetreuung
Verf-015-I-41-2018

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

Da keine Wortmeldungen erfolgen wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend geeignete Flächen für den Ausbau der (Kleinst-)Kinderbetreuung
Verf-015-I-44-2018

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

Da keine Wortmeldungen erfolgen wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Straßengrundbedarf A 8 Anschluss-Wels-Wimpassing, Aufschließungsstraße
Verf-015-I-45-2018

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

Da keine Wortmeldungen erfolgen wird sofort darüber abgestimmt.

Die Dringlichkeit wird

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Mag. Franz Kellermayr;
Direktor der VKB-Bank;
Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER;
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
BdB-325-01-13-2018

Der Antrag (Anlage 4) lautet:

Herrn Mag. Franz Kellermayr, Direktor der VKB-Bank, wird in Würdigung seiner Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in SILBER verliehen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels neuerlich abgeändert wird (10. Novelle der GOGR)
Verf-015-W-24-2018

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 4.12.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte „10. Novelle der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse“ beschließen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Wels neuerlich abgeändert wird (6. Novelle der GOST)
Verf-015-W-25-2018

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 4.12.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte „6. Novelle der Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Wels“ beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2018/014
FD-Buch-14-2018/014A

Der Antrag (Anlage 7), FD-Buch-14-2018/014, lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 4.12.2018:

Die in der Anlage 1 und in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung (FD-Buch-14-2018/014) wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. Scheinecker und GR. Dr. Csar waren bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Antrag (Anlage 8), FD-Buch-14-2018/014A, lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 4.12.2018:

Die Kreditüberschreitung zur dringenden Anschaffung der Winterdienstbekleidung (Zusatzbedarf/KS) wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung (FD-Buch-14-2018/014A) wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. Scheinecker und GR. Dr. Csar waren bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht im Sitzungssaal anwesend.

5.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2018/015

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 4.12.2018:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlagen 1 und 2) und die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 3) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird mit

	<u>29 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)
und	<u>3 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. Scheinecker und GR. Dr. Csar waren bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht im Sitzungssaal anwesend.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Abfallgebühren-Verordnung 2011 geändert wird (8. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011)
FD-StV-10-2018

Der Antrag (Anlage 10) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 4.12.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte „8. Novelle zur Abfallgebühren-Verordnung 2011“ beschließen.

Einstimmig angenommen.

7.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der ein Gemeindegzuschlag zur Freizeitwohnungspauschale festgesetzt wird (Freizeitwohnungszuschlags-Verordnung der Stadt Wels 2018)
FD-StV-5-2018

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 4.12.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte „Freizeitwohnungszuschlags-Verordnung der Stadt Wels 2018“ beschließen.

Einstimmig angenommen.

8.)

Autobahnanschluss A8 Wels-Wimpassing;
1. Nachtrag zum Kaufvertrag vom 08.10.2015/13.10.2015
zwischen der Stadt Wels und der Prillinger Verwaltungs-GmbH
BauD-401-2007

Der Antrag lautet, der Gemeinderat der Stadt Wels möge den I. Nachtrag zum Kaufvertrag vom 08.10.2015/13.10.2015, abgeschlossen zwischen der Stadt Wels und der Prillinger Verwaltungs-Gesellschaft mbH, beschließen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

	<u>29 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)
und	<u>3 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Mag. Humer, GR. Scheinecker und GR. Dr. Csar waren bei der Abstimmung zu diesem TOP nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

9.)

GEP – Gefahrenabwehr- und Entwicklungsplanung
(örtliches Entwicklungskonzept)
BZ-FW-19-2018

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 22.11.2018:

Aufgrund der Bestimmungen des Oö. Feuerwehrgesetzes 2015 und des Amtsberichtes der zuständigen Dienststelle Feuerwehr vom 12.11.2018 wird der Gefahrenabwehr- und Entwicklungsplan (GEP) entsprechend der beigeschlossenen Niederschrift vom 13.11.2018 für die Stadt Wels bzw. die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

10.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Aufnahme aller Sozialbetreuungs-, Gesundheits- und
Krankenpflegeberufe in die Listen der förderbaren Aus-
bildungen im Fachkräftestipendium u.a.;
Resolution an die Bundesregierung
Verf-015-I-38-2018

Dieser Punkt wurde mit Geschäftsordnungsantrag einstimmig von der Tagesordnung
abgesetzt.

11.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Evaluierung des Pflegegeldes; Resolution an die Bundesregierung
Verf-015-I-39-2018

Vzbgm. Huber: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um eine Resolution an die Bundesregierung. Dabei wird diese ersucht, das Pflegegeld, welches 1993 eingeführt wurde, einer Evaluierung bzw. einer wertmäßigen Erhöhung aller Pflegestufen zu unterziehen. Wir lehnen uns hier an eine Resolution des Landes an die Bundesregierung an und wollen dieser Nachdruck verleihen. Seit der Einführung des Bundespflegegeldes wurde dieses zwar bereits fünfmal erhöht, jedoch wurden die Inflation bzw. der in diesem Zeitraum eingetretene Wertverlust nicht berücksichtigt. Im Regierungsprogramm des Bundes ist eine Erhöhung des Pflegegeldes ab Pflegestufe 4 vorgesehen. Es braucht aber auch eine entsprechende Anpassung der unteren Pflegestufen. Es werden viele Menschen zu Hause in den eigenen vier Wänden gepflegt. Die mangelhafte Evaluierung führte dazu, dass die Finanzierung, die Pflege und Betreuung zunehmend eine Herausforderung für die Betroffenen wird.

Im Pflegefondsgesetz des Bundes ist die Aufnahme in ein Alten- und Pflegeheim überwiegend ab Pflegestufe 4 vorgesehen. Das heißt, noch mehr Menschen werden zu Hause betreut. „Daheim statt Heim“ heißt das Motto der Sozialministerin und um das möglich zu machen, braucht es als ersten Schritt eine entsprechende Anpassung des Pflegegeldes, damit es zu einer Entlastung der Angehörigen kommt. Aber auch sicher leistbare Kurzzeitpflegemöglichkeiten der Wochenendbetreuung durch Mobile Dienste. Daher braucht es den Ausbau der Mobilen Dienste – dies sei am Rande erwähnt und ist in der Resolution nicht vorgesehen, aber Faktum. Ich bitte um Beschlussfassung.

StR. Josseck-Herd: Ich kann mich nur anschließen, denn auch ich bin der Meinung, dass es zwar ehrenhaft ist, wenn die Bundesregierung das Pflegegeld ab der Stufe 4 erhöhen will - das ist sehr wichtig - aber gerade in den niedrigen Pflegestufen werden die

Menschen zu Hause gepflegt, mit Hilfe von Mobilien Diensten, von privaten Helfern usw. Das ist immer kostenintensiv, weil weiterhin die Lebenskosten getragen werden müssen. Im Pflegeheim ist das ganz anders, wo jetzt nicht mehr auf das Vermögen zurückgegriffen sondern nur mehr das Einkommen herangezogen wird, um die Kosten zu decken.

Es gab schon am 06. November einen Initiativantrag im Land, der von der FPÖ-, ÖVP-SPÖ- und der GRÜNEN-Fraktion unterstützt wurde. Dieser gleicht wortwörtlich in Passagen dem Antrag, den wir heute beschließen und deshalb habe ich meiner Fraktion zur Zustimmung geraten.

StR. Lehner: Das Pflegegeld ist für die Betreuung von kranken Menschen extrem wichtig. Die sieben Stufen des Pflegegeldes sind sehr detailliert geregelt und es braucht schon für die erste Stufe 65 Stunden Pflegebedarf im Monat und geht bis 180 Stunden. In den Pflegestufen 5, 6 und 7 werden noch andere Bedarfe berechnet und bewertet. Das Pflegegeld wurde jahrelang nicht erhöht und wir sprechen in der ersten Stufe von einer Unterstützung von etwa € 2,40 pro erforderliche Pflegestunde. Es ist durchaus an der Zeit diesen Betrag in den ersten drei Pflegestufen zu erhöhen, aber auch ein Signal zu setzen. D.h. wir würdigen und schätzen diese Menschen, die in den Familien ihre Angehörigen pflegen und unterstützen. Diese erbringen wertvolle Dienste und daher eine klare Zustimmung seitens der ÖVP-Fraktion für diese Resolution.

GR. Dr. Csar: Es wurde schon vieles gesagt, aber ich möchte noch ergänzen, dass auch im Oö. Landtag eine Resolution an den Bund verabschiedet und beschlossen wurde, die genau in die gleiche Richtung geht. Es werden dadurch die Landesbestrebungen von Seiten der Stadt unterstützt und wir können sicher gemeinsam die Zukunft gestalten, wenn wir an einem Strang ziehen.

Vzbgm. Huber: Ich bedanke mich für die positiven Beiträge und Wortmeldungen und hoffe, die Bundesregierung wird sich durch unser geschlossenes Vorgehen überzeugen lassen.

Der Initiativantrag (Anlage 13) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

12.)

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe; Aufstockung der Leistungsvereinbarung 2018 zwischen den externen Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „Rotes Kreuz“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ und „Seniorenbetreuung Mobil“
SHoR-418-03-547-2018

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 27.11.2018:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beigelegte Aufstockungen der Leistungsvereinbarungen 2018 betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ und Heimhilfe zwischen den Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „Rotes Kreuz“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ sowie „Seniorenbetreuung Mobil“ und dem Magistrat der Stadt Wels beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe; Leistungsvereinbarung 2019 zwischen dem internen Anbieter „Seniorenbetreuung Mobil“ und den externen Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, „Rotes Kreuz“ und „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“
SHoR-418-03-540-2018

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 27.11.2018:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beigelegte Leistungsvereinbarungen 2019 betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie Heimhilfe zwischen dem internen Anbieter „Seniorenbetreuung Mobil“ und den externen Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, „Rotes Kreuz“ sowie „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ und der Stadt Wels beschließen.

Vzbgm. Huber: Aus dem Sozialbericht der Stadt Wels geht auf Seite 154 hervor, dass die Bevölkerungsgruppe 65+ im Jahr 2030 und darüber hinaus kontinuierlich wachsen wird. Ein Teil davon wird pflegebedürftig, auf umfassende Unterstützung und ein großer Anteil wird auf die Mobilen Dienste angewiesen sein.

Sehe ich mir den Ausbau der Mobilen Dienste seit 2017 an, darf ich auf folgende Zahlen verweisen: 2017 wurden 70.591 Stunden im Bereich HKP, AFB und Heimhilfe geleistet. 2018 waren 73.137 Stunden vorgesehen. Tatsächlich wurden aber mit der gerade beschlossenen Aufstockung 78.662 Stunden benötigt. Wenn wir jetzt die Leistungsvereinbarung für 2019 beschließen, dann beschließen wir wieder nur 75.898 Stunden, das sind um 3.000 Stunden weniger als im Vorjahr. Einen Ausbau der Mobilen Dienste stelle ich mir anders vor. Ich bin überzeugt davon ausgehen zu können, mit diesen Stunden nicht auszukommen, weil hinter den Stunden aus 2018 ja Menschen stehen, die diese Dienste brauchten. Es entspricht nicht dem Bedarf.

Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger und ich haben es schon erwähnt, nach der Aufnahme in die Pflegestufe 4, das Motto „Daheim statt Heim“, müssen Taten folgen. Das heißt, es brauchen noch mehr Menschen als bisher die Mobile Betreuung. Der Bedarf besteht vor

allem am Abend und am Wochenende. Außerdem ist die Verunsicherung, wenn nicht Verärgerung im Bereich der Mobilen Dienste durch die neue Sprengelaufteilung enorm. Es gab keine Weihnachtsfeier, bei der ich nicht darauf angesprochen wurde. Anstelle von zwei Sprengeln mit mehreren Trägern gibt es jetzt fünf Sprengel mit jeweils einem Träger.

Beispielsweise müssen von der Volkshilfe betreute Menschen den Träger wechseln, bei der Diakonie müssen von 100 Klienten 80 den Träger wechseln und bei der Seniorenbetreuung der Stadt Wels sind es ca. die Hälfte. Viele alte, pflegebedürftige Menschen verlieren ihre Bezugsperson und müssen sich an neue Personen gewöhnen. Nicht nur die Wahlfreiheit für die Klienten geht verloren, sondern ich bin davon überzeugt, dass der Zugang dazu erschwert wird. Was ist, wenn ein Träger in einem Stadtteil keine Kapazitäten mehr frei hat? Stehe ich dann auf der Warteliste? Im Sozialausschuss meinte Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger, dass ich mir dann einen anderen Träger nehmen kann und ich hoffe, dass das so sein kann und darf. Was ist, wenn ich nicht wechseln möchte, weil ich mit der Bezugsperson meiner Betreuung so verbunden bin? Muss ich dann wirklich wechseln? Vielleicht gibt es hier eine Lösung.

Ich verstehe nicht warum eine eingespielte, bisher gute Sprengelaufteilung jetzt umgedreht wird bzw. mit welcher Hektik. Im Brief an alle Klienten, den auch jene bekommen haben, bei denen sich nichts ändert, steht: „Ab 01.01.2019 wird das Stadtgebiet in fünf Sprengel eingeteilt und je Sprengel ist nur mehr ein Anbieter zuständig und für die Erbringung der Leistung verantwortlich. Auf der Website der Stadt Wels unter www.wels.gv.at finden sie ein Straßenverzeichnis, aus dem sie ersehen können, welche Organisation ab 01.01.2019 für Sie zuständig ist.“

Dieser Brief kann als unüberlegtes Vorgehen gesehen werden oder nehmen wir wirklich an, dass diese Generation alle Computerfreaks und wirklich immer online sind? Dienstleistung am Kunden sieht für mich anders aus. Ich ersuche dich, liebe Christa, wirklich eine gute Lösung für die älteren Welser zu finden, denn Begleitung im Alter durch Mobile Dienste ist für mich Beziehungsarbeit.

Ich bin mir sicher, dass wir mit den Stunden der vorliegenden Leistungsvereinbarung nicht auskommen und diese wieder aufstocken müssen. Daher ersuche ich dich dafür mit dem Finanzreferenten die nötigen Mittel zu reservieren. Mein Appell an dich geht in die Richtung, bei der nächsten Budgetverhandlung die nötigen Mittel dafür einzufordern, dass wir ein deutliches Signal und Zeichen für den Ausbau der Mobilen Dienste setzen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Der Bedarfsorientierungsplan sieht diese Stufe plus einen 15%-igen Korridor vor. Diesen Grundnormwert lege nicht ich, sondern das Land Oberösterreich fest. Hier ist das Land Oberösterreich gefragt diesen anzuheben, damit wir den Korridor ausweiten können und somit unser Auslangen finden. Ich denke, der Finanzreferent wird dann für die Mobilen Dienste Geld zur Verfügung stellen. Auch ich bin für den Ausbau der Mobilen Dienste.

Es gibt zwei Sozialsprengel und fünf Anbieter – das stimmt! Das war keine Idee von mir, sondern ist eine Vorgabe des Landes. D.h. wir müssen diese Sprengelteilung vornehmen. Wels hatte das bis jetzt als einzige Stadt in dieser Form noch. Das Land OÖ machte diese Vorgabe und wir haben uns daran zu halten. Wir sandten 480 Briefe aus und haben 15 Anrufe dazu erhalten, das sind gerade 3 %. Diese 15 Anrufe nehmen wir

sehr wohl ernst. Wir werden Gespräche führen und mit jedem einzelnen die Angelegenheit durchdiskutieren und durchbesprechen. Möchte jemand gar nicht wechseln, wird er dazu nicht gezwungen werden. Das sagte ich auch so im Ausschuss. Es wird sicher niemand auf der Straße stehen bleiben. Ich stehe dazu, dass sich die einzelnen Anbieter bei Anfragen zuerst ihrer Verantwortung bewusst sind, dass sie jetzt am Zug sind.

Wir beschließen heute die Aufstockung und wenn es im nächsten Jahr so weit sein wird, werden wir auch hier wieder die Aufstockung beschließen und ich hoffe, dass das Land bis dahin den Bedarfsorientierungsplan angehoben hat mit dem Hintergrund dessen, dass die Pflegestufe 4 erst im letzten Jahr eingeführt wurde. Erst heuer können wir Personen mit Pflegestufe 4 in Altenheimen aufnehmen. Wie wir damals diese Leistungsvereinbarungen für mehrere Jahre erstellt haben, war das noch nicht vorauszusehen und somit hoffe ich, dass wir jetzt jedes Jahr eine Anpassung vornehmen bis wir beim Bedarfsorientierungsplan dementsprechend weit sind.

Der Antrag zu Punkt 13. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

14.)

Mobile Familiendienste – Caritas;
Leistungsvereinbarung 2019
SO-KJH-12-2018

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 27.11.2018:

Der Abschluss der beiliegenden Leistungsvereinbarung betreffend Mobile Familiendienste zwischen der Caritas und der Stadt Wels wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die Berichterstattung. Da sich StR. Reindl-Schwaighofer gerade beim Interview im Foyer befindet, ziehen wir Tagesordnungspunkt 16. vor. Ich ersuche GR. Ganzert um seine Ausführungen.

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses betreffend
Projekt „Generationenwohnen Plus“
Verf-015-I-40-2018

GR. Ganzert: „Generationenwohnen Plus“ ist vor allem für jene Mitglieder des Gemeinderates ein Thema, die schon in der vergangene Periode 2009 – 2015 Mitglieder waren. In der letzten Sitzung des Gemeinderates vor der Wahl (am 06.07.2015) gab es einen Grundsatzbeschluss zum Thema „Generationenwohnen Plus“. Darin wurde beschlossen, dass die Stadt Wels aufhört konventionelle Alten- und Pflegeheime zu bauen und zu betreiben. Das wurde auch umgesetzt und die zuletzt beschlossenen Heime - das Leopold-Spitzer-Heim und das Alten- und Pflegeheim Noitzmühle - wurden feierlich eröffnet. In Zukunft wird es vermehrt alternative Modelle geben.

„Generationenwohnen Plus“ ist die Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und zugleich ein Paradigmenwechsel in der Altenpflege. Neue und leistbare Wohnformen, die Brücken zwischen Jung und Alt schlagen, sind nicht nur zukunftssträchtig, sondern auch eine Herausforderung für einen innovativen und nachhaltigen Wohnbau. Ich habe mir den damaligen Verlauf der Diskussion angesehen und GR. Reindl-Schwaighofer sagte: „Bedanken möchte ich mich für diese ergriffene Initiative. Wir haben einerseits eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur mit zum Teil sehr aktiven Senioren, aber auch mit älteren Menschen, die sehr viel Betreuung benötigen. Andererseits ist Wels mit der Fachhochschule ein Hochschulstandort. Es ist toll dieses Generationenwohnen umzusetzen und in diesem Bereich Akzente zu setzen. Es ist notwendig, dass Personen, die sich dafür interessieren und das auch wollen, in einem großen Bereich mit Rückzugsmöglichkeiten und vielen Gemeinsamkeiten wohnen. In diesem Haus soll eine Kinderbetreuung durchgeführt werden und ältere Menschen sowie Studenten gemeinsam leben. Danke für diese Initiative – natürlich wird diese von der SPÖ-Fraktion unterstützt.“

Die damalige GR. Josseck-Herdt meinte: „Auch wir können uns mit diesem ambitionierten Projekt anfreunden. Ich kann mir vorstellen, dass es sehr viele einsame alte Menschen gibt, die gerade in so einer Wohnform aufblühen werden. Beispielsweise denke ich da an Feiern mit kleinen Kindern im Altenheim, wo jedem Bewohner das Herz aufgeht.“

Der vorliegende umfangreiche Amtsbericht ist sehr informativ auch für jene, die sich sonst nicht so mit Seniorenbetreuung auseinandersetzen. Wir werden in Zukunft genügend sehr schöne Heimplätze haben, wie das Heim in der Laahen, in der Noitzmühle und in der Hans-Sachs-Straße. Über allem Neuen, Tollen und Innovativen darf nicht vergessen werden, dass auch schon länger bestehende Heime gepflegt werden müssen, damit das Verbleiben im Heim angenehmer wird, wie beispielsweise das Alten- und Pflegeheim Neustadt. Dazu wäre es manchmal nötig etwas Betriebsblindheit abzubauen und auf Sauberkeit und Effizienz mehr Wert zu legen. Das ist mein Wunsch in diesem Zusammenhang.“

Auch GR. Dr. Csar meldete sich zu Wort: "Unsere Gesellschaft und unsere Lebensformen haben sich geändert. Der Beruf der Altenpflege und die Pflege selbst haben sich geändert. Daher muss überlegt werden, welche Notwendigkeiten es bei der Pflege gibt. Wie kann unser soziales Miteinander neu gestaltet werden? Früher verbrachten mehrere Generationen auf einem Bauernhof das Leben miteinander und unterstützten sich gegenseitig. So ähnlich, wie in diesem neuen Projekt, das in Wels etabliert werden soll. Ein guter, vernünftiger Ansatz. Es ist schön, dies in Wels machen zu können und ich möchte Danke sagen und dir gratulieren, liebe Silvia!"

Frau StR. Huber bedankte sich damals für die positiven Worte und für die gute Zusammenarbeit – auch im Sozialausschuss. Dieser Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen. Ich weiß jetzt nicht, ob das dem letzten Frieden des Gemeinderates vor der Wahl oder noch den harmonischen Tönen der damaligen Sozialreferentin zu verdanken ist, dass das Vorhaben damals so viele positive Aspekte fand.

Wir stellen heute diesen Antrag, weil aus unserer Sicht nur der Punkt A des damaligen Beschlusses – keine neuen konventionellen Alten- und Pflegeeinrichtungen mehr zu errichten - umgesetzt wurde. Punkt B wurde bis dato noch nicht umgesetzt und deshalb informierte ich mich im letzten Generationenausschuss bei der Referentin. Diese hat dankenswerter Weise bereits reagiert. Das heißt, sie ist hier nicht untätig und es gibt dazu Besprechungen mit dem Land Oberösterreich, mit dem LHStv. Dr. Manfred Haimbuchner und Frau LR. Birgit Gerstorfer. Außerdem ist anscheinend geplant mit der Heimstätte in Kontakt zu treten, um auf der einen Seite das Ganze als Wohnbauträger mit Wohnungen zu verbauen und auf der anderen Seite soll die Lebenshilfe dort einen Platz bekommen. Ebenso soll dort ein „Wohnen mit Service“ errichtet werden.

Die SPÖ-Fraktion ist prinzipiell dafür für leistbaren Wohnraum in der Stadt zu sorgen. Auch sollten für Menschen mit Beeinträchtigung die notwendigen Anlagen bevorratet und „Wohnen mit Service“ weiter ausgebaut werden. Ich möchte noch einmal „Generationenwohnen Plus“ in Erinnerung rufen, denn dabei geht es um ein Projekt für ca. 110 Personen, davon sind ca. 20 % Studierende, 20 % Berufstätige, 10 % Menschen mit Beeinträchtigung, 25 % Senioren und 25 % junge Familien oder Alleinerziehende. Leider sind wir davon weit, weit entfernt.

Es spricht nichts dagegen in Wels den starken Bedarf nach Wohnformen für ältere Menschen mit Pflegestufe 0 bis 3 auszubauen. Dafür sind wir natürlich. Wir schafften es jedoch bis heute nicht diesen umfangreichen Bericht umzusetzen, der von der Referentin sehr gelobt wurde.

Es soll eine Erinnerung, eine Ermutigung sein, dass wir innovativ sind und uns etwas zutrauen, auch wenn vom Land OÖ, vom Wohn- und Sozialbereich ab und zu „gebremst“ wird. Wir sollten uns davon nicht aufhalten lassen und diese einst in der Stadt Wels vorhandene Vision in der Seniorenbetreuung wieder aufleben lassen, damit diese modernen Wohnformen verwirklicht werden können. Ich bitte um rege Diskussion.

GR. Schäfer, BSc: Der aktuelle Tagesordnungspunkt enthält ein wirklich spannendes Projekt. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass wir darüber noch einmal ausführlich im Ausschuss diskutieren, weil der Beschluss schon etwas zurückliegt, damit wir wissen,

was aktuell zukünftig in Wels benötigt wird. Deswegen stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Schäfer, BSc auf Zuweisung des Initiativantrages der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 17) in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen jetzt zurück zum Tagesordnungspunkt 15.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

15.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für den Kulturbeirat der Stadt Wels geändert werden (1. Novelle Richtlinien Kulturbeirat 2014)
BK-K-115-2018

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 3.12.2018, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende „1. Novelle Richtlinien Kulturbeirat 2014“ beschließen.

GR. Wiesinger: Ich bin Mitglied des Kulturbeirates mit beratender Stimme und möchte diesen Tagesordnungspunkt nutzen, um mich beim gesamten Kulturbeirat und den Kulturschaffenden zu bedanken. Speziell bedanken möchte ich mich beim Vorsitzenden, Herrn Walter Rescheneder, für dessen ehrenvolle und ehrenamtliche Tätigkeit. Zu den vielen Aufgaben des Kulturbeirates zählt auch die Beratung der Kulturpolitik. Ein Output ist der schon mehrmals abgehaltene Tag der Welser Kulturen.

Wir sollten uns zusammensetzen und darüber nachdenken, ob die Aufgaben des Kulturbeirates noch zeitgemäß sind oder ob er weitere Aufgaben übernehmen soll. Vielleicht könnte dieser eine aktivere Rolle bei der Vergabe von Kulturförderungen einnehmen. Das ist zwar so in den Statuten verankert, aber aktiv beteiligte er sich in diesem Bereich noch nicht.

Ich kann mir hier vieles vorstellen und befürworte diese Verlängerung der Funktionsperiode, gebe aber zu bedenken, dass die Statuten derzeit noch etwas starr sind, weil man nur für zwei Perioden dem Kulturbeirat angehören kann. Die Vergangenheit zeigte wie schwierig es ist Kulturschaffende für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen.

GR. Scheinecker, BA: Auch ich bin beratendes Mitglied des Kulturbeirates und es gab im letzten Ausschuss die Diskussion über die Stellung und Bedeutung desselben. Gerade im Prozess des Kulturleitbildes wurde in letzter Zeit sehr angeregt diskutiert. Mein Kollege GR. DI. Gunter Haydinger und ich hielten ein großes Plädoyer, damit dem Kulturbeirat die Bedeutung gegeben wird, die er sich verdient. Wenn wir dem Kulturbeirat die nötige Aufmerksamkeit geben, wird sich dieser auch aktiv einbringen.

An dieser Stelle möchte ich einen großen Dank an die vielen ehrenamtlichen Mitglieder des Kulturbeirates aussprechen und für die rege Beteiligung im Zuge des Prozesses des Kulturleitbildes. Selbstverständlich unterstütze ich die weitere Verlängerung der Funktionsperiode des Kulturbeirates.

Der Antrag zu Punkt 15. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Softwarelösung Kinderbetreuung
Verf-015-I-41-2018

StR. Josseck-Herdt: Bei diesem von drei Parteien getragenen Antrag habe ich das zeitliche Problem die EDV-Software für die Kindergartenverwaltung anzuschaffen. Im Ausschuss wurde darüber berichtet und vom Kollegen GR. Ganzert der Vorschlag gemacht, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen.

Es geht um die Verwaltung aller Leistungen, aller Kinder usw. Schon vor zehn Jahren wurde erkannt, dass eine Datenbank in der Kindergartenverwaltung notwendig ist. Das Erfassen der angemeldeten Kinder in einer Datenbank vor Ort in den einzelnen Betrieben würde die Verwaltung entlasten und viel effizienter gestalten. Leider passierte bis jetzt nichts. Vor eineinhalb Jahren nahmen wir die Arbeit auf und es wurde ein Pflichtenheft, ein Anforderungskatalog etc. erstellt. Es gab bereits einen Anbieter, aber leider war das nicht zielführend und die Anforderungen mussten wieder neu definiert werden.

Im Herbst wurde ausgeschrieben und am 03.12.2018 wurden Gespräche von der Dst. Zentraler Einkauf mit den Anbietern geführt. Erst am Tag des Ausschusses wurde ein Vergabevorschlag unterbreitet. Die zeitgerechte Vorlage für die heutige Gemeinderatssitzung war nicht mehr möglich und ich ersuche sie um Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag.

Den Zuschlag für die Software und die Datenbank in der Kindergartenverwaltung soll die Value Dimensions Management Services GmbH in der Höhe von 85.000 Euro erhalten. Es können damit sämtliche Stammdaten erfasst werden. Die Leistungs- und Rechnungslegung wird nach Erfassung der Stammdaten automatisch erfolgen. Es

können die Kinder besser auf die Betriebe aufgeteilt und in der Folge kann das Personal besser geplant werden. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
geeignete Flächen für den Ausbau der (Kleinst-)Kinderbetreuung
Verf-015-I-44-2018

GR. Scheinecker, BA: Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ergibt sich vor allem aus der Situation rund um den Kindergartenneubau in der Pernau. Ich traf bis jetzt noch niemanden, der die Lage des Kindergartens zu 100 % befürworten würde, verstehe aber das Anliegen ganz dringend einen Kindergarten zu brauchen. Die Notwendigkeit dafür spreche ich nicht ab, aber mir fehlt ein tatsächlich geeignetes Grundstück.

Insofern finde ich es spannend, dass wir die bereits im Ausschuss besprochene Planungsvergabe nicht behandeln, daher nehme ich die Zweifel etwas überfraktionell wahr. Wir erfuhren über eine Pressekonferenz die Lage und Terminplanung für den Neubau eines Kindergartens. Für mein Verständnis ist „ein Park“ eine mutige Bezeichnung für das Grundstück.

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Heißt so: Kaiserschützen-Park!

GR. Scheinecker, BA: Das weiß ich, trotz allem unterstütze ich es nicht unbedingt. Lieber Peter Lehner, ich gebe dir Recht, dass die Situation objektiv bewertet werden sollte. Ich hörte oft den Vergleich mit der Oberfeldstraße. Diese hat auf einer Seite eine Straße und nicht auf allen vier, wie auf dem neu vorgesehene Grundstück. Bei der Oberfeldstraße sollten wir vielleicht nicht immer unseren Standard nach unten schrauben. Erschwerend kommt noch hinzu, dass diese Fläche nicht umgewidmet ist und Gutachten fehlen. Deshalb wird dieses Thema heute nicht behandelt.

Ja, wir brauchen einen Kindergarten, eine vorausschauende Planung und wir sollten wissen, wo in der Stadt wir Flächen haben, die uns einen Ausbau der Kinderbetreuung und der Krabbelstubenplätze ermöglichen. Wir brauchen nicht nur ein Konzept für die Kinderbetreuung alleine, sondern dringend eine intensive Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung, um Flächen in dieser Stadt zu sichern, um für dieses Wachstumspotenzial der Stadt zukünftig auch Flächen akquirieren zu können.

Der Standort des neuen Kindergartens in der Pernau ist nach meinem Empfinden aus einer Not heraus entstanden, vor allem mit welchem Tempo wir damit konfrontiert sind. Im Ausschuss die Diskussion immer mit der Notwendigkeit eines Kindergartens zu begründen, ist für mich nicht der ideale Zugang.

Ich verstehe auch das Argument der geringeren Kosten dieses Grundstückes und natürlich steht es außer Frage, dass ein sich bereits im Besitz der Stadt befindliches

Grundstück um einiges billiger ist. Was ist uns die Kinderbetreuung wert? Ist das Sparen am richtigen Fleck? Ich glaube, dass wir die Qualität betreffend und den Ausbaumöglichkeiten dieses Kindergartens nicht den idealen Standort vorliegen haben.

Um zukünftig Grundstücke wegen dringender Notwendigkeit nicht aus dem Ärmel schütteln zu müssen, stellt die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag, ganz intensiv in der Stadt nach Flächen zu suchen und im konzeptionellen Zugang das Thema Kinderbetreuung auch auf Grundstücksebene anzusehen. Dort, wo wir Erweiterungspotenzial haben, sollten entsprechende Flächen zur Verfügung stehen. Wir führen immer wieder Diskussionen - angefangen bei der Kinderbetreuung und Jugendtreffs - keine geeigneten Grundstücke zu finden. Ich glaube, wir sollten hier vorausschauend planen und gemeinsam mit der Stadtentwicklung nach Flächen suchen, die zukünftig für uns als Stadt interessant sein könnten und uns diese sichern.

Wir brauchen nicht nur diesen Kindergartenstandort, sondern wir brauchen Flächen, die wir für die Zukunft dieser Stadt bespielen können. Ich hoffe auf eine Ehrlichkeit im Diskurs über den Wert der Kinderbetreuung, welche Anforderung wir in die Entwicklung unserer Stadt und an die Kinderbetreuungseinrichtungen generell haben. Nutzen wir alle Kräfte, um hier das Maximum und die beste Qualität zu sichern.

StR. Josseck-Herdt: Das ist genau so, wie es sich der „kleine Maxi“ vorstellt: Wir nehmen den Stadtplan und schauen nach grünen Flächen, dort setzen wir dann eine Stecknadel hinein und werden das Ding schon schaukeln. So ist es leider nicht! Es war ein sehr langer Prozess, um ein Grundstück in der Pernau zu finden. Es gibt dort genug freie Flächen, aber sie stehen nicht zur Verfügung. Die Stadtentwicklung hat mit vier Grundbesitzern gesprochen. Einer davon wäre sehr interessiert gewesen seinen Grund zur Verfügung zu stellen, aber er war am Stadtrand. Ich habe mir das Grundstück angesehen, wobei ich zeitweise in Marchtrenk und dann wieder in Wels war. Das war aber für mich keine Option, weil dort nur zwei- oder dreimal am Tag der Bus hinfährt, die Schule ist weit entfernt. Diese sollte aber in der Nähe sein. Dabei müssen sehr viele Kriterien berücksichtigt werden, wie die vom Land vorgegebene Grundstücksgröße. Manche wollten nur mit der Vergabe eines Baurechts ins Geschäft kommen und andere hatten einfach überzogene Preise gefordert.

Mein Abteilungsleiter und ich hatten die Idee, ob wir nicht einen Teil vom ZGB bekommen könnten. Hier waren wir mit massivem Widerstand konfrontiert, aber die Stadtentwicklung hat uns dann das Grundstück Kaiserschützen-Park angeboten, praktikabel und sinnvoll aufbereitet. Ich war dort und natürlich kann aus jeder Mücke ein Elefant gemacht werden. Bei Miteinbeziehung der Überlegungen und vorläufigen Pläne des Architekten ist das ein wirklich idealer Standort mit altem Baumbestand. Das Grundstück kann mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen nach Nordosten abgeschirmt werden. Außerdem ist eine aktive Raumbelüftung vorgesehen. Wir warten jetzt die Gutachten ab.

Wir waren nicht untätig sondern vehement auf der Suche. Es war mir wichtig einen Kindergarten in der Pernau zu situieren, nachdem ich den Kindergarten in der Lessingstraße vor drei Jahren besichtigte. Für mich war das ein einschneidendes Erlebnis, weil der Zustand des Kindergartens nicht mehr tragbar ist.

Herr Bürgermeister erwähnte es heute schon in seiner Wortmeldung, wir bauen zwei neue Kindergärten in der Pernau. Das ist die beste Lösung, um den Kindern ein

Verweilen in Containern zu ersparen. Es wäre auch noch eine Option gewesen den Kindergarten Lessingstraße abzureißen, neu zu bauen und Container aufzustellen, aber das möchte ich niemanden zumuten. In dieser Art und Weise hätten wir das auch geschafft. Das wollten wir nicht. Wir wollten eine perfekte Lösung haben. Früher, bei den alten Kindergärten z.B. in der Herderstraße, wurde mitten auf dem 7.000 m² großen Grundstück ein Kindergarten in einer Bauweise errichtet, die keine Erweiterung bzw. Aufstockung erlaubt. Das war kurzsichtig, eine Raumverschwendung - so etwas können wir uns jetzt nicht mehr leisten.

Wir werden noch weiter nach Standorten für Kindergärten - auch im Norden von Wels – suchen, denn auch Puchberg und das Einzugsgebiet Sonnenpark werden wahrscheinlich einen Kindergartenbau notwendig machen. Das heißt, wir sind sehr umsichtig und uns unserer Verpflichtung total bewusst. Für mich ist der Kindergartenbereich ganz wichtig, wenn nicht der wichtigste, weil Kinder unserer Zukunft sind.

StR. Lehner: Liebe Laurin, danke für den Antrag, denn dieser sagt nichts anderes, als dass ich als Stadtentwicklungsreferent meine Arbeit machen soll. Seit 2009 habe ich diese Funktion über und eine der ersten Gesprächsrunden war mit dem damaligen Baudirektor DI. Karl Pany und Bürgermeister Dr. Koits darüber, wo wir eine geeignete Fläche für einen Kindergarten in der Pernaubahn finden. Auch damals ist es uns im Rahmen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes nicht gelungen, obwohl wir damals mit den Ausschussmitgliedern durch die Stadtteile fuhren, um für unterschiedliche Funktionen unterschiedliche Flächen zu planen.

Denke ich an die unterschiedlichen Referenten, so gibt es dazu Weihnachtswünsche aus allen Referaten. Wir suchen Flächen in einem begrenzten Stadtgebiet für Hundefreilaufzonen, Flächen in der Innenstadt für eine Grünschnittsammelstelle, wir suchen im ganzen Stadtgebiet Flächen für Betriebserweiterungen mit Möglichkeiten für B-Widmungen und für Altstoffsammelzentren, für gemeinnützigen Wohnbau, für Anliegen, welche permanent von sozialen Wohnbaugenossenschaften an uns gerichtet werden, die in Wels investieren möchten. Aus allen Bereichen kommt der Wunsch nach Flächen im Stadtgebiet, denn Wels ist eine Stadt, die sich gut und positiv entwickelt. Wir haben leider eine Stadtgrenze. Leider können wir nicht alle Dinge in der von uns gewünschten idealen Art und Weise umsetzen.

Deshalb gibt es notwendigerweise bei jedem Standort Kompromisse, bei jedem Standort Vor- und Nachteile und bauliche Herausforderungen, um Einschränkungen dann bestmöglich zu relativieren und entgegenzuwirken. Es wurden schon die aktive Wohnraumlüftung und die Lärmschutzmaßnahmen etc. angeführt. Wir müssen in Zukunft von Monofunktionalitäten wegkommen, das heißt wegkommen von reinen Teilen oder Quartieren in Stadtgebieten, die nur für das Wohnen da sind, von Teilen, die nur gewerblich genutzt werden. Eine Durchmischung des Stadtgebietes macht eine Stadt attraktiv - das wird in Zukunft für moderne Städte zielführend sein.

Wir sahen uns gemeinsam die grüne Mitte in Linz an, ein Stadtteil, der mich nicht in allen Dingen begeistert. Eines aber gefällt mir gut, dass in einem mehrgeschossigen Wohnbau im Erdgeschoss eine Kinderbetreuung eingerichtet ist, die dort zu Konflikten und Herausforderungen mit den Bewohner führt. Diesen Herausforderungen muss mit baulichen und sozialen Maßnahmen begegnet werden.

Alle Gemeinderäte sind aufgerufen gute Flächen zu nennen. Wenn sie irgendwo eine gute Fläche wissen, ersuche ich um Bekanntgabe, damit Frau Vzbgm. Huber ihr Lieblingsthema Hundefreilauffläche realisieren und umsetzen kann. Vielleicht können wir gemeinsam ein kleines Weihnachtswunder erwirken, denn der Referent alleine oder der Referent in Kooperation mit der zuständigen Referentin für Kinderbetreuung konnten dieses Wunder im Vorfeld nicht erwirken.

Wir haben uns um ein ideales Grundstück bemüht und wir bemühen uns noch viel mehr ein geeignetes Grundstück, wenn die fachlichen Voraussetzungen endlich gegeben sind, baulich so zu gestalten, dass es für unsere Kinder ein optimaler Bereich für eine Kinderbetreuungseinrichtung bzw. für eine Krabbelstube wird.

GR. Ralph Schäfer, BSc: Die SPÖ-Fraktion tut gerade so, als würde sich die Stadt Wels die nächstbeste Grünfläche suchen, um darauf einen Kindergarten zu bauen. Meine beiden Vorredner führten es bereits aus, dass dem definitiv nicht so ist. Dem sind intensive Prüfungen vorangegangen. Ein Lärmschutz- und Abgasgutachten sind noch nicht vorhanden, deshalb sollten wir dieses Thema noch weiter beraten. Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages in den Finanz- und Präsidentialausschuss.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Schäfer, BSc auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 2) in den Finanz- und Präsidentialausschuss wird mit

26 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion+NEOS)
gegen 10 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Straßengrundbedarf A 8 Anschluss-Wels-Wimpassing,
Aufschließungsstraße
Verf-015-I-45-2018

Bgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Antrag beschäftigt sich mit der Aufschließungsstraße Autobahnanschluss Wels-Wimpassing. Es werden insgesamt 6.114 m² benötigte Flächen eingelöst mit einer Entschädigung von € 180.282,70. Die Verträge wurden allesamt schon abgestimmt mit dem Grundeigentümer und der Abtretungsvertrag liegt diesem Antrag bei. Ich ersuche diesbezüglich um Zustimmung.

StR. Lehner: Üblicherweise sind solche Amtsberichte anonymisiert. Ich gehe davon aus, dass der Verkäufer zur Nennung seines Namens zugestimmt hat, ansonsten ersuche ich das aus dem Protokoll zu löschen und die anwesenden Gäste über diesen Tagesordnungspunkt Stillschweigen zu bewahren.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion+ NEOS)
bei 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl unterbricht die Gemeinderatsitzung zur Abhaltung der Bürgerfragestunde von 17.02 bis 17.09 Uhr.

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte noch eine eher unerfreuliche Mitteilung machen. Am 10.12.2018 erhielt ich das Schreiben von GR. Ernst Kirchmayr, in dem er mitteilte, dass er mit Ablauf des 31.12.2018 auf sein Mandat im Gemeinderat der Stadt Wels verzichten wird. Es wird heute die letzte Gemeinderatssitzung sein für dich, lieber Ernst, die richtige Laudatio wird aufgrund deiner langjährigen Mitgliedschaft in diesem Gremium noch erfolgen.

Du bist einer der langjährigsten und tiefsten Kenner dieses Gremiums und der einzige, der es mit Vorzugsstimmen schaffte in den Gemeinderat einzuziehen, obwohl du im Vorfeld kein Mandat besessen hast. Du suchtest immer den unmittelbaren Kontakt zu Bevölkerung und dir hat natürliche deine langjährige Erfahrung als Gewerkschafter und Personalvertreter geholfen. Deine große Volksverbundenheit ist dir immer ein Vorteil gewesen und diese hast du bei den zahlreichen von dir für die Personalvertretung organisierten Ausflügen auch ausgelebt. Betrachtet man dazu entsprechende Fotos sieht man, dass du dazu mit allen Mitteln vorgegangen bist, um diesen Kontakt bestmöglich zu gewährleisten. Das ist gut so und zeigt die Verbundenheit, die du mit den Mitarbeitern in der Vergangenheit hattest.

Lieber Ernst, wir werden dich in diesem Gremium und auch am Magistrat schwer vermissen, weil du immer ein Mensch des Konsenses warst. Das heißt, wir haben miteinander gesprochen und kamen zu einem konstruktiven Ergebnis. Schade, dass ich diesen Brief lesen musste, obwohl ich weiß, dass du auch in deiner Pension ein erfülltes Leben hast. Wenn du einmal gar nicht mehr weißt was du tun sollst, dann gehe fischen, denn das dauert auch einige Stunden. Ob du etwas fängst ist eine andere Sache.

Ich wünsche dir für deine Pension das Allerbeste – genieße es! Die Gemeinderatssitzungen sind ja öffentlich und es würde uns freuen, wenn du uns ab und zu einen Besuch abstatten würdest. Alles, alles Gute, viel Vergnügen und einen guten Ruhestand!

Applaus!

Ich wünsche ihnen Frohe Weihnachten, einen guten Rutsch ins Neue Jahr und möchte mich für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Es gibt immer wieder unterschiedliche Auffassungen zu unterschiedlichen Themen. Das ist das Wesen der Demokratie, dass verschiedene Parteien verschiedene Schwerpunkte setzen und der Austausch in diesem Gremium ist die Bühne auf der dieser Austausch der Demokratie stattfindet.

Überwiegend sind die Diskussionen sehr sachlich geführt und von Wertschätzung geprägt. In den ganz wenigen Fällen, wo das nicht der Fall ist, ist man in der Lage wieder aufeinander zuzugehen und Unstimmigkeiten auszuräumen. Insgesamt ist das Klima in diesem Gemeinderat ein dem Anlass und dem Gremium angemessenes und würdiges. Danke, dass es auch im vergangenen Jahr so geblieben ist. Ich wünsche uns für das nächste Jahr nicht nur sehr viel Glück, sondern auch sehr viel Arbeit. Es geht immer nur um das Wohl der Bürger und dieser Stadt. Wir arbeiten nur für dieses eine Ziel – Danke dafür!

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 18.03.2019 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.